

Niederschrift

über die	2. Sitzung des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses
Tag:	20.05.2025
Dauer:	18:00 Uhr - 20:51 Uhr
Ort:	Sitzungssaal I des Rathauses, Rathausplatz 1, 59174 Kamen

Anwesend:

SPD

Herr Mehmet Akca
Frau Alexandra Bartosch
Herr Oliver Bartosch
Frau Carina Feige
Frau Christiane Klanke
Frau Wiebke Kramer
Frau Ulrike Skodd

CDU

Frau Susanne Brzuska
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Herr Marco Korte
Frau Gisela Windmüller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Peter Gerwin
Frau Manuela Laßen
Herr Marian-Rouven Madeja

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FDP

Herr Klaus Hößl

WG Kamen

Frau Tanja Brückel

Sachverständige

Frau Daniela Brock
Herr Walter Görlitz
Frau Gabriele Hartleif-Müller
Herr Heinz Detlef Klafke

Herr Maurice Nigge
Frau Silja Poschmann
Frau Carina Röttger
Frau Frauke van Lück

Verwaltung

Marina Dörmann
Herr Andreas Eichler
Herr Johannes Gibbels
Frau Laura Müller
Herr Bernd-Josef Neuhaus
Frau Hanna Schulze

Gäste

Frau Britta Buschfeld
Frau Katja Sträde

Entschuldigt fehlten

Herr Helmut Brand
Frau Bärbel Filthaut
Herr Klaus Gödecker
Frau Petra Jung
Frau Christina Kollmann
Frau Kerstin Schneider
Herr Manfred Scholz
Frau Tanja Wronski
Herr Jörg Wüster

Frau **Laßen** eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen ist.

Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Frau Laßen wies darauf hin, dass die Sitzungen fortan aufgezeichnet werden. Dagegen lagen keine Einwände vor.

Zu den Sitzungen des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses der Stadt kamen wurde Frau **Röttger** von der Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems, Unnaer Str. 29a, kamen als neue Sachverständige verpflichtet.

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bericht zur aktuellen Belastungssituation der Bevölkerung aus Sicht der psychologischen Beratungsstellen in Kamen/dem Kreis Unna hier: Antrag der SPD-Fraktion	

- 2.1 Belastungssituation der Bevölkerung aus Sicht des sozialpsychiatrischen Dienstes
Referentin: Frau Sträde, sozialpsychiatrischer Dienst des Kreises Unna

- 3 Bericht zum Themenfeld Wohnungslosigkeit bei Frauen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

- 3.1 Wohnungslosigkeit von Frauen
Referentin: Frau Buschfeld, Frauenforum im Kreis Unna e.V.

- 4 Bericht zum Themenfeld Streetwork in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

- 4.1 Streetwork in Kamen
hier: Bericht der Verwaltung, FB 51

- 5 Anregungen aus den Behindertenverbänden

- 6 Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

- 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2

Bericht zur aktuellen Belastungssituation der Bevölkerung aus Sicht der psychologischen Beratungsstellen in Kamen/dem Kreis Unna hier: Antrag der SPD-Fraktion

Frau **Skodd** verwies auf den Antrag der SPD-Fraktion und den damit verbundenen Vortrag von Frau Brinkmann am 05.11.2024.

Zu TOP 2.1

Belastungssituation der Bevölkerung aus Sicht des sozialpsychiatrischen Dienstes Referentin: Frau Sträde, sozialpsychiatrischer Dienst des Kreises Unna

Zum Thema stellte Frau **Sträde** anhand einer Präsentation die Belastungssituation der Bevölkerung aus Sicht des sozialpsychiatrischen Dienstes von Einzelpersonen und auch Familien dar. Sie stellte im Allgemeinen die Arbeit des sozialpsychiatrischen Dienstes vor und erklärte den Antragsablauf und die Arten der Hilfe im Kreis Unna. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Frau **Skodd** bedankte sich für den Vortrag. Sie erfragte die Gründe für die gestiegenen Zahlen im Vergleich zu den Zahlen von vor zehn Jahren.

Frau **Sträde** teilte mit, dass nach der Coronapandemie die Fallzahlen im Bereich der Depressionen, Essstörungen und Medienabhängigkeit zugenommen habe.

Frau **Klanke** erkundigte sich, ob die gestiegenen Zahlen auf bestimmte „Gruppen“ zurück zu führen seien und ob es noch weitere Möglichkeiten gäbe, den Betroffenen eine Hilfestellung zu leisten.

Frau **Sträde** antwortete, dass es keine bestimmten „Gruppen“ gäbe. Insgesamt sei das Hilfsangebot freiwillig. Die Familien bzw. die betroffenen Personen müssen die Hilfe selber wollen und auch annehmen.

Frau **Brückel** bedankte sich für den Vortrag. Sie merkte an, dass Krisensituationen präventiv vorgebeugt werden müssten. Sie erfragte hierzu aktuelle Statistiken.

Frau **Sträde** habe hierzu aktuell keine weiteren Statistiken vorliegen.

Frau **Klein** verwies hierzu auf den Familienbericht der Bundesregierung.

Zu TOP 3

Bericht zum Themenfeld Wohnungslosigkeit bei Frauen hier: Antrag der CDU-Fraktion

Frau **Brzuska** verwies auf den Antrag der CDU-Fraktion. Hier solle der Fokus auf die Wohnungslosigkeit bei Frauen liegen und welche Hilfsangebote bestünden.

Zu TOP 3.1

Wohnungslosigkeit von Frauen Referentin: Frau Buschfeld, Frauenforum im Kreis Unna e.V.

Zum Thema stellte Frau **Buschfeld** anhand einer Präsentation den Aufgabenbereich des Frauenforums im Kreis Unna e.V. vor und ging auf die Wohnungslosenthematik bei Frauen ein. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Herr **Kemna** bedankte sich für den Vortrag. Er verwies erneut auf das Problem des Mangels an verfügbaren Betreuungsplätzen.

Frau **Klanke** bedankte sich für den Vortrag. Sie hob das Projekt der Mobilien Wohnhilfe hervor.

Frau **Brückel** bedankte sich für den Vortrag. Sie verwies auf die Sitzung vom 11.06.2024. Hier stellte Herr Plogmann die Tätigkeiten des Caritasverbandes e.V. dar. Hier sei festgestellt worden, dass es im Bereich der Wohnungslosenhilfe kein Problem gäbe.

Frau Brückel wies darauf hin, dass am 21.06.2021 alle EU-Staaten die Erklärung von Lissabon unterschrieben hätten. Hier wurde vereinbart, dass die Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 zu überwinden sei. Alle Kommunen müssten diese Erklärung bis 2030 umsetzen. Hierzu habe die Stadt Kamen noch fünf Jahre Zeit. Diese Umsetzung dieser Erklärung sei im Jahr 2023 vom Rat der Stadt Kamen abgelehnt worden, hierzu sollte ein Konzept entwickelt werden.

Zu TOP 4

Bericht zum Themenfeld Streetwork in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kemna** verwies auf den Antrag der CDU-Fraktion. Hier solle beantwortet werden, was ein Streetworker in Kamen konkret macht und was generell unter dem Thema Streetwork verstanden werden soll.

Frau **Schulze** verwies darauf, dass dieses Themenfeld grundsätzlich eher eine Thematik für den Jugendhilfeausschuss sei.

Zu TOP 4.1

Streetwork in Kamen hier: Bericht der Verwaltung, FB 51

Zum Thema stellten Herr **Gibbels**, Frau **Stoltefuß** und Herr **Ulasan** den Aufgabenbereich der Streetworker in Kamen vor. Insgesamt sei hier die regelmäßige Arbeit wichtig.

Definition und Aufgabenabgrenzung:

„Mobile Jugendarbeit hat mit ihrer konzeptionellen Ausrichtung stärkeren Gemeinwesenbezug und arbeitet in sozialräumlich orientierten Projekten.“

„Streetwork hingegen hat einen deutlichen Milieu-/Cliquesbezug, wie z.B. zur Drogen-, Punk-, Prostitutions-, Straßenkinderszene.“

Frau **Brückel** erfragte den Stundenumfang der Mitarbeiter.

Herr **Gibbels** führte an, dass insgesamt 3 Personen mit 20 Stunden, 8 Stunden und nochmals 8 Stunden beschäftigt werden.

Frau **Brückel** verwies auf den Förderverein für Jugendhilfe Kamen e.V. und insbesondere darauf, dass die Stadt Kamen selbst keine Streetworker beschäftigt, sondern dies nur über den Förderverein für Jugendhilfe Kamen e.V. laufe.

Frau **Brückel** erfragte, wo genau die Altersgrenze liege.

Herr **Gibbels** teilte mit, dass die Altersobergrenze bei 27 Jahren liegt. Dies ist im SGB XIII festgelegt.

Herr **Madeja** erfragte, wie man Jugendtreffs wieder bekannter machen könne.

Herr **Gibbels** verwies darauf, dass das JKC aktuell leider geschlossen ist. Hier gebe es aktuell wenig Möglichkeiten.

Herr **Grosch** erfragte, welche generelle Bedeutung die Jugendzentren hätte.

Herr **Ulasan** erklärte, dass dadurch die Zusammenarbeit besser laufe. Die Jugendlichen haben konstant einen Anlaufpunkt. Insgesamt sei der Postpark wieder sehr belebt. Sie gehen in allen Stadtteilen durch die Straßen, dafür steht auch ein Auto zur Verfügung. Das Streetwork findet zum größten Teil gegen Abend und am Wochenende statt.

Herr **Kemna** führte an, dass es hier somit in erster Linie darum gehe, ein Gespräch mit den Jugendlichen zu suchen und diese zu motivieren die öffentlichen Treffpunkte zu besuchen.

Zu TOP 5

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Herr **Neuhaus** stellte erneut den Stand der Bushaltestellen (Robert-Koch-Str. und Germani-astr.) dar.

Frau **Schulze** ergänzte, dass die Grafiken der Niederschrift beigefügt werden. Ebenfalls besteht bei den Neubauten der Bushaltestellen ein konstanter Kontakt mit der VKU. Somit werden die Aspekte hinsichtlich eines behindertengerechten Ausbaus beachtet.

Zu TOP 6

Anhörung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Frau **van Lück** verwies darauf, dass bei der letzten Niederschrift eine Auflistung zum Grad der Behinderung fehlte.

Die Zuständigkeit liegt beim Kreis Unna.

Kontakt: schwerbehinderung@kreis-unna.de

<https://www.kreis-unna.de/Gesellschaft/Soziales/Behinderung/>

Frau **van Lück** erfragte, ob im Haus der Stadtgeschichte ein Aufzug installiert werden könne. Damit auch Betroffene mit Gehbehinderung dies nutzen können.

Frau **Schulze** erklärte, dass das Gebäude auf Grund der Geschichte, im Hinblick auf generelle Barrierefreiheiten, mit Problemen verbunden ist. Aktuell ist im Übrigen die Idee auch angesichts der Finanzlage insoweit absehbar nicht umsetzbar.

Frau **van Lück** erfragte, ob es sinnvoller wäre, in der nächsten Legislaturperiode wieder einen separaten Behindertenbeirat einzuführen.

Frau **Schulze** verwies darauf, dass dies eine Entscheidung des neugewählten Rates sei. Dieser wird dieses Jahr bei der Kommunalwahl im September neu gewählt.

Zu TOP 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Schulze** gab einen kurzen Überblick über den Stadtrundgang.

Frau **Skodd** erfragte, ob es möglich sei, ebenfalls in anderen Stadtteilen einen Rundgang durchzuführen.

Frau **Schulze** verwies darauf, dass es weitere Rundgänge angedacht seien.

Frau **van Lück** wies darauf hin, dass bei den Bordsteinen auf kein zu steiles Gefälle geachtet werden solle.

Frau **Schulze** teilte die aktuellen Zahlen der geflüchteten Personen in Kamen mit. Aktuell leben 615 geflüchtete ukrainische Personen in Kamen. Davon sind 117 Personen in städtisch angemietetem Wohnraum untergebracht.

Darüber hinaus leben 140 Asylbewerber aus insgesamt 21 Nationen in Kamen. Die aktuelle Erfüllungsquote der Aufnahmequote liegt bei 96,24%. Daraus ergibt sich eine Aufnahmeverpflichtung von 28 Personen. In den letzten Monaten sind der Stadt Kamen 13 Personen neu zugewiesen worden.

Frau **Klanke** erfragt die Einschätzung der Verwaltung zu dem Thema Unterkünfte. Wie gehe das Land mit den nicht genutzten Unterkünften um.

Frau **Schulze** fügte hinzu, dass es zu keinem Zeitpunkt sinnvoll war, städtische- bzw. Landeseinrichtungen abzuschaffen. Hier sind aktuell keine Planungen bekannt. Insgesamt müsse das Thema mit Weitsicht betrachtet werden.

Frau **Brückel** erkundigte sich nach der Dortmunder Allee 6. Diese soll an die UKBS zurückgegeben werden. Sie erfragte, ob es aktuell genügend Unterbringungsmöglichkeiten gebe.

Frau **Schulze** erklärte, dass die Dortmunder Allee 6 bis zum Ende 2025 von der Stadt Kamen genutzt werden kann. Die Unterbringung der dort wohnhaften Personen durch die Verlegung in die anderen Unterkünfte wird derzeit als gangbare Lösung angesehen und bei Zeiten umgesetzt.

Frau **Klein** erfragte den aktuellen Stand der Geflüchteten Personen aus der Ukraine und den Stand der Unterkunft „Hotel Kaiserau“.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass die Auslastung der Unterkunft gut sei und diese somit gut genutzt sei. Insgesamt wohnen in der Stadt Kamen eine deutlich steigende Zahl von ukrainischen Personen, welche beabsichtigen dauerhaft zu bleiben.

Frau Schulze teile das Datum für die Interkulturelle Woche mit. Hierzu würde ebenfalls ein Flyer erstellt.

- 21. bis 28. September 2025; Motto: „Dafür“
Aufaktveranstaltung findet am 20. September um 10 Uhr statt

Herr **Grosch** erfragte, ob es im Seesekebad eine Reduzierung des Eintrittspreise für bestimmte Personengruppen gebe.

Frau **Brückel** erfragte die Nutzung der Sommerferienkarte.

Frau **Schulze** erkundigt sich. Die Informationen der GSW werden der Niederschrift beigelegt.

- im Seesekebad gibt es sog. Familientageskarten, die den Eintrittspreis für Familien reduzieren. Außerdem können Begleitpersonen von Personen mit einem Behindertenausweis Vermerk „b“ oder „H“ kostenfrei das Bad besuchen. Darüber hinaus sind aktuell keine Preisreduzierungen vorgesehen.

- Ferien-Flatrate: Kinder und Jugendliche im Alter von 4-17 Jahren können in den Sommerferien, d.h. vom 14.07.-26.08.25 für 30 € alle GSW-Bäder während der NRW-Sommerferien (je nach deren Öffnungszeiten) nutzen. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Homepage unter folgendem Link: <https://gsw-wasserwelt.de/nachrichtendetails/gsw-wasserwelt-fuehrt-sommerferienkarte-hellip:234966>

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

gez. Laßen
Vorsitzende

gez. Dörmann
Schriftführer